

**Kleine Anfrage**

**des Abg. Andreas Glück FDP/DVP**

**und**

**Antwort**

**des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft**

**Beschluss des Bundeskabinetts über die Zweite Verordnung  
zur Änderung der Anreizregulierungsverordnung**

**Kleine Anfrage**

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet sie aus ihrer Sicht den Beschluss des Bundeskabinetts vom 1. Juni 2016 über die Zweite Verordnung zur Änderung der Anreizregulierung?
2. Wie bewertet sie den nahezu vollständigen Verlust des sogenannten Sockel-effekts und die Verschärfung der Effizienzvorgaben?
3. Teilt sie die Auffassung, dass der generelle sektorale Produktivitätsfaktor mit Blick auf die Investitionsherausforderungen und hinsichtlich der Probleme bei der sachgerechten Ermittlung vor Beginn der dritten Regulierungsperiode aus-gesetzt werden sollte?
4. Welche Zielsetzungen verfolgt sie nunmehr im Bundesrat hinsichtlich investi-tionsfreundlicher Rahmenbedingungen beim Um- und Ausbau der Energie-netze (siehe dazu auch Drucksache 15/6765)?

20. 06. 2016

Glück FDP/DVP

## Antwort

Mit Schreiben vom 11. Juli 2016 Nr. 4-4455.20/26 beantwortet das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft die Kleine Anfrage wie folgt:

*1. Wie bewertet sie aus ihrer Sicht den Beschluss des Bundeskabinetts vom 1. Juni 2016 über die Zweite Verordnung zur Änderung der Anreizregulierung?*

Mit dem Beschluss hat die Bundesregierung unter Einbeziehung der im Vorfeld von den Ländern vorgebrachten Vorstellungen grundsätzlich den richtigen Weg zur Reform des seit 2009 bestehenden Anreizregulierungssystems beschritten. Ziel auch der überwiegenden Zahl der Verteilnetzbetreiber war es, den bisher bestehenden Zeitverzug von zwei bis sieben Jahren zwischen Investition und Refinanzierungsphase zu beseitigen. Den bisherigen Instrumenten Erweiterungsfaktor und Investitionsmaßnahme gelingt das nur unzulänglich. Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 8. Juli 2016 von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, den zustimmungspflichtigen Regierungsentwurf im Rahmen eines Maßgabebeschlusses noch in einigen Punkten zu ändern (Bundesratsdrucksache 296/16 [Beschluss]).

*2. Wie bewertet sie den nahezu vollständigen Verlust des sogenannten Sockel-effekts und die Verschärfung der Effizienzvorgaben?*

Der insoweit von den Änderungsmaßgaben des Bundesrats unberührte Kabinettsentwurf sieht nicht den nahezu vollständigen Verlust des sogenannten Sockel-effekts vor. Für Investitionen der Jahre 2007 bis 2016 soll schon nach den Vorstellungen der Bundesregierung der Sockeleffekt bis zum Ende der dritten Regulierungsperiode, d. h. bei Gas/Strom bis 2022/2023 weiter bestehen bleiben. Im Bundesrat hat sich die Landesregierung für eine Verlängerung des Übergangszeitraums um eine weitere Regulierungsperiode eingesetzt, jedoch hat die entsprechende Änderungsempfehlung des Wirtschaftsausschusses im Plenum keine Mehrheit gefunden. Mit Unterstützung Baden-Württembergs wurde vom Bundesrat jedoch eine Entschließung gefasst, in der die Bundesregierung um Prüfung gebeten wird, ob die derzeit vorgesehene Übergangsregelung auf die vierte Regulierungsperiode auszudehnen ist, um eine vollständige Refinanzierung effizienter Investitionen zu gewährleisten. Der Bundesrat bittet ferner um Vorlage der Ergebnisse der Prüfung rechtzeitig vor Beginn der vierten Regulierungsperiode, damit eine Verlängerung der Übergangsregelung möglich bleibe.

Richtig ist, dass der Regierungsentwurf einen verkürzten Effizienzabbaupfad von heute fünf auf drei Jahre innerhalb der fünfjährigen Regulierungsperiode vorgesehen hat. Diese Änderung wurde von der Landesregierung kritisch gesehen, weshalb sie im Bundesrat einer Ausschussempfehlung zugestimmt hat, die den fünfjährigen Abbaupfad beibehält. Der Bundesrat ist dieser Empfehlung mehrheitlich gefolgt.

*3. Teilt sie die Auffassung, dass der generelle sektorale Produktivitätsfaktor mit Blick auf die Investitionsherausforderungen und hinsichtlich der Probleme bei der sachgerechten Ermittlung vor Beginn der dritten Regulierungsperiode ausgesetzt werden sollte?*

Nach geltendem Recht ist es Sache der Bundesnetzagentur, diesbezüglich eine unabhängige Entscheidung über die Gestalt des generellen sektoralen Produktivitätsfaktors, der die Abweichung des netzwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritts vom gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt und der gesamtwirtschaftlichen Einstandspreisentwicklung von der netzwirtschaftlichen Einstandspreisentwicklung abbilden soll, zu treffen. Vor einer solchen Festlegung durch die Bundesnetzagentur, die noch in 2016 zu erwarten ist, wird es ein Konsultationsverfahren geben, in dem berechnete Einwände zu berücksichtigen sind. Tendenziell ist allerdings nicht auszuschließen, dass der Faktor insbesondere bei Strom kleiner ausfällt als bisher.

Ist aber der Fortbestand eines solchen generellen Produktivitätsfaktors, in welcher Höhe auch immer, berechtigt, ist es nicht folgerichtig, diesen allein mit Blick auf generelle Investitionsherausforderungen auszusetzen. Die Reform beseitigt den Zeitverzug und erlaubt nunmehr einen jährlichen Kostenabgleich, mit dem die Investitionsbereitschaft zusammen mit einer angemessenen Eigenkapitalverzinsung hinreichend gefördert wird.

*4. Welche Zielsetzungen verfolgt sie nunmehr im Bundesrat hinsichtlich investitionsfreundlicher Rahmenbedingungen beim Um- und Ausbau der Energienetze (siehe dazu auch Drucksache 15/6765)?*

Die Landesregierung wird nach wie vor weiter den in § 1 Energiewirtschaftsgesetz verankerten Schutzziele größtes Gewicht bemessen. Das Reformvorhaben gibt vor allem den Stromverteilnetzbetreibern nunmehr bessere Ausgangsbedingungen, um den Anforderungen der Energiewende gerecht zu werden. Bei den Übertragungsnetzbetreibern bleibt es bei der geltenden Rechtslage.

Abgesehen von Details, zu denen der Bundesrat einige von Baden-Württemberg weithin unterstützte Korrekturen eingebracht hat, ist auch die Branche dem neuen Kapitalkostenabgleichssystem nicht grundsätzlich abgeneigt, wenngleich es auch in diesem System im Vergleich zum aktuellen System der Budgetierung mit Sockeleffekten Verlierer und Gewinner geben wird. Für die Branche ist daher hinsichtlich der Investitionsfreundlichkeit der Rahmenbedingungen mindestens ebenso entscheidend, wie die Eigenkapitalzinssätze und der generelle sektorale Produktivitätsfaktor demnächst ausgestaltet werden.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Ziffer 2 verwiesen.

Untersteller

Minister für Umwelt,  
Klima und Energiewirtschaft